

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Dr. Martin Graf
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Keine Transferzahlungen an die Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW)**

eingebraucht in der 239. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 22. November 2023 im Zuge der Debatte zu TOP 9, Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (2178 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2024 (Bundesfinanzgesetz 2024 – BFG 2024) samt Anlagen (2300 d.B.) – UG31

Laut Auskunft von Bundesminister Polaschek im Budgetausschuss sind 2024 seitens des Ressorts Transferzahlung an die Stiftung „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW)“ in der Höhe von 850.000 Euro vorgesehen.

In den Jahren 2019 bis 2023 flossen bereits 2,6 Millionen Euro an diese fragwürdige Institution, wie aus einer aktuellen Anfragebeantwortung hervorgeht:

Zahlungen UG 31 (Wissenschaft und Forschung)		
Jahr	Zweck	Betrag in EUR
2019	Stiftungsbeitrag 2019	405.000,00
2020	Stiftungsbeitrag 2020	405.000,00
2021	Stiftungsbeitrag 2021 sowie Ausgleichszahlung Personal	469.166,66
2022	Stiftungsbeitrag 2022 sowie Ausgleichszahlung Personal	475.000,00
2022	Forschungsstelle Rechtsextremismus und Antisemitismus	175.000,00
2023	Stiftungsbeitrag 2023 sowie Ausgleichszahlung Personal	475.000,00
2023	Forschungsstelle Rechtsextremismus und Antisemitismus	175.000,00

Das „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands“ (DÖW) – ein Privatverein, der seit Jahrzehnten ein Klima der Gesinnungs- und Meinungsunterdrückung in Österreich prägt – tritt als allumfassende moralische Instanz auf und sammelt nebenbei von den verschiedensten öffentlichen Stellen Steuergeld ein, um linke Wühlarbeit zur gezielten Denunziation zu betreiben.

Vor einigen Jahren hat sich im Dunstkreis des DÖW eine Art „Think Tank“ konstituiert, der unter dem Namen „Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (FIPU)“¹ pseudowissenschaftliche Rechtsextremismustheorien aus linksradikaler Feder publiziert.

Zentrale Figur in beiden Organisationen ist der Politikwissenschaftler Dr. Bernhard Weidinger. Dessen Kontakte ins gewaltbereite Antifa-Lager sind belegt. Noch 2015 hielt er in Freiburg einen Vortrag zum Thema „Burschenschaften und völkischer Terror in Südtirol/Alto Adige“,² der vom Referat für politische Bildung des linksextrem dominierten Studierendenrats der Uni Freiburg zusammen mit der über die Grenzen Baden-Württembergs hinaus als besonders militant und extremistisch bekannten „Autonomen

¹ <http://www.fipu.at/>

² <https://www.stura.uni-freiburg.de/termine/15-02-11>

Antifa Freiburg“ organisiert wurde, welche trotz der gegenüber dem Linksextremismus besonders laxen Haltung des deutschen Verfassungsschutzes unter dessen Beobachtung steht.

Burschenschaften und völkischer Terror in Südtirol/Alto Adige

— abgelegt unter: Vortrag

Veranstaltung des Referats für Politische Bildung: Vortrag mit Bernhard Weidinger am Mittwoch, den 11. Februar 2015 um 20 Uhr in der KTS, Baslerstraße 103



Der Vortrag beleuchtet schwerpunktmäßig die Rolle österreichischer Burschenschafter in der Eskalation des Südtirolkonflikts in den 1960er Jahren. Anknüpfend an eine Darstellung der Beteiligung von Burschenschäftlern an Terrorakten wird erörtert, wie diese Aktivitäten heute in burschenschaftlichen Kreisen erinnert werden.

Außerdem werden anhand des burschenschaftlichen Verhaltens in der Südtirolfrage damals wie heute die Eckpfeiler burschenschaftlicher Ideologie - Insbesondere völkischer Nationalismus und soldatisches Männlichkeitsideal - herausgearbeitet.

Der Vortragende ist Autor von „Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen“. Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945“ (Böhlau Verlag 2015).

Der Vortrag wird organisiert vom Referat für Politische Bildung und der Autonomen Antifa Freiburg.

Korporierte haben Hausverbot in der KTS!

Was	= Vortrag
Wann	11.02.2015 von 20:00 bis 20:00
Wo	KTS Freiburg (Baslerstraße 103)
Name	Referat für Politische Bildung
Termin übernehmen	 vCal  iCal

Einladung zu einem Vortrag von DÖW-Mitarbeiter Bernhard Weidinger im Dunstkreis der Gewalt-Antifa.

Die „Autonome Antifa Freiburg“ empörte sich auf ihrer Webseite zuletzt über die Razzien, die gegen die mutmaßlichen Betreiber der in Deutschland seit Jahren offiziell verbotenen linksextremen Gewalt-Plattform „Indymedia linksunten“ geführt wurden. Die amts handelnden Polizisten werden in der Meldung als „Bullen“ bezeichnet. Das Verbot der Seite, die regelmäßig Bekennerschreiben zu linksextremen Gewalttaten veröffentlicht, wird als „Repression“ und „Zensur“ bezeichnet.³

Nur zwei Tage später verbreitet die „Autonome Antifa Freiburg“, unter deren Organisation der führende DÖW-Proponent Bernhard Weidinger 2015 referierte, ein auf „Indymedia“ erschienenenes Bekennerschreiben zu einem Brandanschlag auf das Auto eines AfD-Politikers⁴ und schreibt dazu unter dem zynischen Titel „Ein Gericht, kalt genossen“⁵ Betont werden auch die „solidarische[n] Grüße an die Betroffenen des Antifa Ost Verfahren[s]“. Dabei handelt es sich um den Prozess gegen die linksextreme „Hammerbande“, über deren Anführerin, die nicht rechtskräftig zu fünf Jahren Haft verurteilte Lina Engel, die Zeitung „Welt“ etwa schreibt:⁶

Die heute 28-Jährige stellt sich damit geistig in eine Reihe mit anderen Milieus, die das Recht in die eigene Faust nehmen. Mit Rockerbanden, die Abtrünnige hinrichten. Oder mit Mafia-Gruppen, die archaische Racherituelle ausüben. Lina E. und ihre Genossen haben nicht gemordet. Sie beließen es bei – teils schwerer – Körperverletzung. Aber sie haben sich der Schwelle zum Terror so weit genähert wie seit RAF-Zeiten keine linksradikale Gruppe mehr.

³ <https://autonome-antifa.org/breve8756>

⁴ <https://de.indymedia.org/node/295698>

⁵ <https://autonome-antifa.org/breve8758>

⁶ <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article245628102/Linksextremistin-Lina-E-Sie-wollte-die-Herrschaft-des-Zorns.html>

Daher stellen die unterzeichnenden Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird aufgefordert, keine Transferzahlungen an die Stiftung ‚Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW)‘ zu leisten.“

